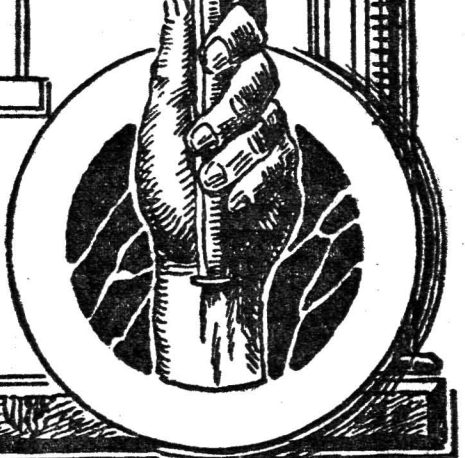


Der Steinarbeiter

ORGAN

des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.



„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich 80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband einzeln 90 Pfg., von zwei Nummern ab 60 Pfg. „Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Geschäftsstelle und Expedition: Leipzig Große Fleischergasse 14, I.

Anzeigen: An Gebühren werden von Vereinen und Krankenkassen 10 Pfg., von Privaten 20 Pfg. für die gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet. Dieselben werden, ausschließlich der Anzeigen, die auf Kosten der betreffenden Zahlstellen Aufnahme finden, nur gegen vorher geleistete Bezahlung angenommen.

Nr. 2.

Sonnabend, den 14. Januar 1905.

9. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Veiersdorf i. d. Ob.-Lausitz. Bei der Firma E. Liebiger dauert der Streik unverändert fort.

Söbau. Die Sperre bei Rumpf bleibt bestehen.

Koalitionsfreiheit und Koalitionszwang.

Nachdem im § 152 der Gewerbeordnung die früheren Verbote und Strafbedingungen aufgehoben worden sind, steht es den gewerblichen Arbeitern frei, sich an Vereinbarungen und Vereinigungen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zu beteiligen, doch ist es nach § 153 der Gewerbeordnung unter Strafe gestellt, andre, noch abseits stehende Kollegen durch Anwendung körperlichen Zwangs, durch Drohungen, durch Ehrverletzung oder durch Verurteilung zu bestimmen oder zu bestimmen zu versuchen, an solchen Vereinbarungen teilzunehmen oder davon zurückzutreten. Hier tritt der Wille des Gesetzgebers deutlich in die Erscheinung: die Koalitionsfreiheit wird gewährt, der Koalitionszwang wird verboten. Zweifelhaft ist nur, was unter dem Koalitionszwang verstanden, resp. wie weit der Begriff „Mißbrauch des Koalitionsrechts“ gefaßt wird. Daß hier Unklarheiten vorhanden sind, die leicht zu Mißverständnissen führen können, ist unbestreitbar, unwahr ist aber die Behauptung der Scharfmacherpresse, daß die Gewerkschaften sich diese Unklarheiten und Mißverständnisse zu nütze machen und daß sie hierin vor den Gerichten, speziell den unteren, unterstützt würden. Gerade das Gegenteil ist der Fall, und man muß sich über die Unbefreiheit und die freche Stirn der Unternehmertumswundern, mit der sie Behauptungen aufstellen, die jeder Erfahrung ins Gesicht schlagen. Gerade die Gerichte haben im Bunde mit den andern Behörden den Koalitionszwang derartig weit gefaßt, daß man füglich von einem „Koalitionsrecht mit dem Galgen daneben“ sprechen kann. Die modernen Gewerkschaften — und die christlichen fühlen es nicht minder — haben allen Grund, eine Auslegung zu erwünschen, die auch die harmlosesten Mahnungen als Zwang, Drohung, Ehrverletzung und Verurteilung ansieht; die Arbeiterzeitungen wimmeln geradezu von derartigen Gerichtserkenntnissen, und es gehört schon eine große Geschicklichkeit dazu, als organisierter Arbeiter den Fangeisen, Fallgruben und Schlingen zu entgehen, mit denen die Rechtsprechung ihn in bezug auf den famosen § 153 umgeben hat; ein proletarischer Zeitungsredakteur aber, der während eines Lohnkampfes verantwortlich zeichnet, gleicht einem Dackel, der in schwindelnder Höhe arbeitet und jeden Augenblick den Hals brechen kann. Die Unternehmer dagegen und die Unternehmerzeitungen können terrorisieren, so viel sie wollen, denn danach trägt kein Suhn und kein Sahn. Und da mag die Sippschaft noch zu behaupten, daß die Behörden für die Arbeiter Partei nähmen.

Nicht nur der Umstand, daß die Behörden und die durch die Scharfmacherpresse beeinflussten bürgerlichen Kreise jede, auch die ruhigste Einwirkung der organisierten Arbeiter auf ihre unorganisierten Kollegen für Zwang und Terrorismus erklären, behindert die Wirksamkeit der Arbeiterorganisationen, sondern vor allen Dingen spielt hier das liberal-manchesterliche Vorurteil eine verhängnisvolle Rolle, daß die Freiheit eine Signatur des heutigen Wirtschaftslebens und daß jeder Zwang als ein unberechtigter Eingriff in die Freiheitsphäre des Individuums anzusehen und deshalb verwerflich sei. Diese vorsintflutliche Anschauung über das Verhältnis zwischen Freiheit und Zwang geht von einer Verkenntung der Bedeutung aus, die diesen beiden Faktoren im Wirtschaftsleben zukommt.

Im wirtschaftlichen Leben der Menschen kann, wie Erfahrung und Nachdenken lehrt, der Zwang nicht entbehrt werden, weshalb auch vom Standpunkte einer wahren Sozialethik aus der Zwang unter gewissen Umständen ebenso berechtigt ist wie die Freiheit, ja, es treten Fälle ein, in denen eine Freiheitsbeschränkung aus wirtschaftlichen und sittlichen Gründen unabweisbar ist. „Freiheit ist der Zweck des Zwanges!“ sagt ein deutscher Dichter und bezeichnet dadurch treffend das Verhältnis zwischen Freiheit und Zwang. Der Zweck des menschlichen

Kampfes ums Dasein, das Ziel, dem die Menschheit entgegenringt, ist das größtmögliche Glück für die größtmögliche Anzahl von Menschen: das Glückgefühl der großen Masse des Volkes zu erhöhen, ist im besonderen auch der Zweck der modernen Arbeiterbewegung. Zum Glück eines Menschen resp. einer Gruppe gehört nun bekanntlich nicht nur das materielle Wohlbefinden, das gute Essen und Trinken usw., sondern auch die geistige und körperliche Freiheit. Der Mensch, der sich glücklich nennen kann, will einerseits in materieller Beziehung ein menschenwürdiges Dasein führen können, d. h. er beansprucht „eine gute, auskömmliche und gesicherte Existenz“ (wie sie, nach der Meinung des deutschen Kaisers, die deutschen Arbeiter „bekanntlich“ schon heute haben), andererseits legt er auch großen Wert auf Bewegungsfreiheit — ja, in manchen Fällen steht ihm seine Freiheit höher als das materielle Wohlbefinden. Je menschenwürdiger das materielle Dasein eines Menschen ist und je freier er sich bewegen kann, desto glücklicher fühlt er sich. Von diesem Gesichtspunkte aus ist also diejenige Gesellschaft die beste, deren Gliederung und Ordnung das höchste materielle Wohlbefinden in Vereinigung mit der größten Freiheit gewährleistet.

Hier aber macht sich sofort eine Schwierigkeit geltend; denn die Aufgabe, diese beiden Faktoren des menschlichen Glückes reiflos und ohne gegenseitige Reibung miteinander zu vereinen, ist in der heutigen Gesellschaft unausführbar. Schon allein in technischer Beziehung ist es unmöglich, jedem Menschen diejenige Bewegungsfreiheit zu gewähren, die er sich selbst wünscht; denn das heute maßgebende kooperative Arbeitssystem, das in einem Betriebe zahlreiche Menschen „unter einen Hut“ bringt und nach einem bestimmten, einheitlichen Plan beschäftigt, verlangt eine fortwährende Unterordnung des eignen Willens unter eine Oberleitung. Deshalb kann in den modernen Betrieben, in denen „Herrn und Knechte“ gemeinsam arbeiten, von einer persönlichen Freiheit des Arbeiters keine Rede sein; hier wird die Souveränität des Individuums beschränkt und zum Teil ganz aufgehoben zugunsten einer gesteigerten Produktivität der Arbeit. Weil das System der Kooperation eine größere Leistungsfähigkeit ermöglicht, muß die Freiheit eine mehr oder minder große Beschränkung mit in den Kauf nehmen. Aber auch das gesellschaftliche Leben, wie wir es in der modernen Kulturwelt führen, gestattet dem einzelnen Menschen keine Bewegungsfreiheit, sondern legt ihm überall Pflichten und Rücksichten, mit einem Worte gesagt, Zwang auf. Und dieser Zwang muß ertragen werden, weil ohne ihn ein Zusammenleben unmöglich ist. Und nicht nur das Zusammenleben, wie es sich in flüchtigen Begegnungen abspielt, sondern vor allen Dingen auch das Zusammenstreben und Zusammenwirken verschiedener Menschen zwecks Erreichung des gesteckten Zieles verlangt ein teilweises Aufgeben der Freiheit. Das ist der Punkt, um den sich die Frage der Koalitionsfreiheit und der Koalitionspflicht dreht.

Jede Gruppe in der menschlichen Gesellschaft, z. B. die Arbeiter irgend eines Gewerbes, hat das lebhafteste Interesse an einer Erhöhung der Lebenshaltung ihrer Mitglieder. Um diese Erhöhung durchsetzen zu können, schließen sie sich fast instinktiv zu einer Koalition zusammen, damit sie den Kampf, aus dem die höhere Lebenshaltung als Siegespreis hervorgeht, gemeinsam führen können. Selbstverständlich verlangt eine solche Koalition von ihren Mitgliedern Disziplin und Opferfreudigkeit, von den außenstehenden Angehörigen der Gruppe aber den Anschluß an die Organisation und die gemeinsame Mitarbeit. Hier tritt die Koalitionspflicht in die Erscheinung. Mit vollem Rechte fordern die organisierten Arbeiter, daß ihre unorganisierten Kollegen sich der Organisation anschließen, weil sie ja auch an den Früchten der Organisationsarbeit teilnehmen. Die Freiheit der Organisationslosigkeit als eine höhere Form der Freiheit und als das gute Recht eines Arbeiters hinstellen zu wollen, bedeutet weiter nichts, als eine Prämie auf das Schmarotzertum; denn überall — außer bei der Beurteilung der proletarischen Organisationsbestrebungen — wird es als unmoralisch und unfein betrachtet, wenn man andre Leute die Kastanien aus dem Feuer holen läßt und sie dann selbst mit Behagen verspeist. Darum ist es nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der organisierten Arbeiter, auf die der Organisation feindlich oder gleichgültig gegenüberstehenden Kollegen einen Druck auszuüben, damit sie ihre Kräfte in den Dienst der Organisation stellen. Dieser Druck soll allerdings ein „moralischer“ sein, doch selbst, wenn er in einen ungesetz-

lichen Zwang ausartet, so wird er dadurch noch keineswegs unmoralisch; er verstößt dann allerdings gegen die Paragraphen des Strafgesetzbuchs, aber noch keineswegs gegen die Gesetze einer sozialen Moral. Dies ist nämlich zweierlei. In Arbeiterzeitungen liest man nicht selten, wenn ein Fall von Arbeiterterrorismus erwähnt wird, die entscheidende Bemerkung: „Die Unternehmer terrorisieren ebenfalls, indem sie ihren Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen.“ Abgesehen davon, daß sich niemand damit entschuldigen kann, daß ein anderer sich ebenfalls vergangen hat, ist auch die Auffassung, daß es sich beim Arbeiterterrorismus um ein und dieselbe Tätigkeit handle, eine durchaus falsche. Ein Unternehmer, der seine Arbeiter mittels der Hungerpeitsche aus einer Organisation heranstreift oder ihnen den Eintritt verwehrt, tut etwas Unmoralisches, indem er wirtschaftlich abhängigen Leuten eine durch die Gesetzgebung gewährleistete Freiheit nimmt und sie am Vorwärtstreben hindert; ein Arbeiter aber, der seine Kollegen durch Zwang in die Organisation hineintreibt, handelt hochmoralisch, indem er sie zwingt, von dem ihnen zustehenden Koalitionsrecht Gebrauch zu machen und sich am Vorwärtstreben zu beteiligen. Der terrorisierende Arbeiter tut also dasselbe an seinen rückständigen Kollegen, was der Staat an den unruhigen Kindern tut, indem er sie zwingt, in die Schule zu gehen und etwas zu lernen. Die Organisation ist nämlich die Schule des Arbeiters, und wenn es sich um Arbeiter handelt, die den Wert dieser Erziehungsanstalt noch nicht erkannt haben oder die keine Lust haben, sich erziehen zu lassen, so ist ein gewisser Zwang keineswegs zu verurteilen. Ein Zwang ist dann berechtigt, wenn er den Zweck verfolgt, das Individuum oder die Gruppe weiter zu fördern auf dem Wege der Entwicklung, verfolgt er aber den Zweck, Individuum und Gruppe herabzudrücken, so ist er unberechtigt und unmoralisch. In dieser Unterscheidung liegt der Grund für die Behauptung, daß der vielverlästerte Koalitionszwang manchmal ungesetzlich sein kann, aber niemals unmoralisch. Dagegen ist der Unternehmerterrorismus unter allen Umständen unmoralisch und kulturfeindlich, und darum aufs schärfste zu verurteilen.

Rückblick auf das Jahr 1904.*

Das Jahr 1904 hat im allgemeinen die wirtschaftlichen und organisatorischen Erwartungen erfüllt, mit denen wir seinen Eintritt begrüßten. Wir rechneten auf ein Jahr mächtigen wirtschaftlichen Aufschwungs, das eben noch die Nachwirkungen der schweren Krisis von 1901 und 1902 zu überwinden hatte und von der Fortdauer der Krisis im Auslande stark beeinflusst war. So hat es sich denn auch bestätigt; es war kein Jahr glänzender Prosperität, nicht einmal ein solches der Besserung auf allen Wirtschaftsgebieten, aber es zeigte doch einen merkwürdigen, wenn auch langsamen Fortschritt und bestärkte das Vertrauen auf eine weitere Besserung der nächsten Zukunft, zugleich aber auch das Vertrauen auf die Schlagfertigkeit und Selbsthilfe der Gewerkschaften, das sich in zahlreichen Lohnbewegungen, namentlich in den Bau-, Metall- und Nahrungsmittelgewerben widerspiegelt. Die Steigerung wäre eine raschere gewesen, wenn nicht bedeutende Industrien durch den russisch-japanischen Krieg in Mitleidenschaft gezogen wurden und unter der anhaltenden Trockenheit die Transportgewerbe, die Landwirtschaft und ihre Abnehmer stark zu zu leiden hatten. Aber trotz dieser erheblichen ungünstigen Einflüsse trat die allgemeine wirtschaftliche Besserung merkbar zutage. Die Arbeitslosigkeitsstatistik des Reichsarbeitsblatts bestätigt dies; sie zählte am Beginn des 1. Quartals 2,2 Prozent Arbeitslose (von 46 Verbänden mit 429 318 Mitgliedern), am Beginn des 2. Quartals 1,9 Prozent (von 48 Verbänden mit 446 712 Mitgliedern), am Beginn des 3. Quartals 1,9 Prozent (von 48 Verbänden mit 547 525 Mitgliedern) und am Beginn des 4. Quartals 1,8 Prozent Arbeitslose (von 48 Verbänden mit 589 928 Mitgliedern).

Die beste Bitterung für den wirtschaftlichen Aufschwung hat von jeher das Unternehmertum gehabt, und was es von der Entwicklung der nächsten Jahre erwartet, lassen die fortschreitenden Konzentrationen auf den Gebieten des Bankwesens, der Montan-, Eisen- und Stahlindustrie sowie des Transportwesens erkennen. Es sind Vorbereitungen

* Aus dem Korrespondenzblatt.

für einen erfolgreichen Wettkampf während der nächsten Jahre, Kämpfe zu beutereichen Raubzügen. Und Hand in Hand mit dieser wirtschaftlichen Konzentration der Großbetriebe geht eine Konzentration der arbeitserfindlichen Kräfte der Unternehmerklasse, die in der Gründung der Zentralstelle der deutschen Arbeitgeberverbände einer- und des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände andererseits zum Abschluß kam. Beide Gruppen tragen trotz mancher innerlicher Gegensätze das gleiche aggressive arbeitserfindliche Gepräge und werden naturgemäß in allen Arbeiterfragen zusammengehen. Insbesondere hat der der Zentralstelle deutscher Arbeitgeberverbände abgeneigte Verein deutscher Arbeitgeberverbände in den letzten Tagen des verfloßenen Jahres zwei untrügliche Beweise seiner gewerkschaftsfeindlichen Tendenz gegeben, indem er die Deutsche Arbeiterzeitung als sein Organ anerkannte und die Propagierung einer Streikversicherungskasse beschloß. Wenn auch die Ausführung dieses Gedankens noch in weitem Felde steht, so läßt sich doch nicht bestreiten, daß das Unternehmertum durch seine Organisation im abgelaufenen Jahre erheblich an Schlagfertigkeit und Widerstandsfähigkeit gewonnen hat.

Aber auch die Arbeiterklasse ist nicht müßig gewesen, und besonders die Gewerkschaften blicken auf ein ebenso schaffensfrohes als kampfreiches Jahr zurück. Schon das vorübergehende Jahr brachte ihnen einen Zuwachs von nahezu 190 000 Mitgliedern, einen Erfolg, wie ihn kein einziges der früheren Jahre aufweisen konnte. Am Beginn des Jahres 1904 fehlten nur 58 471 Mitglieder an der ersten Million, so daß inmitten des 2. Quartals dieses Ziel als erreicht gelten konnte. Die bisher vorliegenden Abrechnungen der Gewerkschaften bestätigen dies. Bereits 36 Gewerkschaften hatten am Ende des 2. Quartals eine Zunahme von nahezu 50 000 Mitgliedern aufzuweisen; unter den 27 Organisationen, deren Abrechnungen ausstehen, befinden sich aber gerade die größten (Metallarbeiter, Maurer, Bergarbeiter, Buchdrucker, Tabakarbeiter, Hafnarbeiter usw.), deren Mitgliederbewegung nicht minder erfreulich war. Man kann die Gesamtzunahme bis zur Jahresmitte auf zirka 110 000 Mitglieder schätzen. Da die hauptsächlichste Entwicklung der Gewerkschaften in der Regel in die zweite Jahreshälfte fällt, so dürfte der Jahresaufschwung der Gewerkschaften den des Jahres 1903 voraussichtlich noch übersteigen. Ein zwar nicht allein maßgebendes, aber doch bedeutungsvolles Beispiel bietet die Entwicklung des Metallarbeiterverbandes, dessen Organ am Jahresbeginn eine Auflage von 165 100, am 1. Juli eine solche von 207 500 Exemplaren aufwies; die Steigerung betrug im ersten Halbjahr nur 11 800, im zweiten jedoch 30 600 und im ganzen Jahre 42 400. Eine solche Entwicklung bleibt nicht ohne Einfluß auf die Zunahme der gesamten Gewerkschaften, zumal auch die Verbände der Maurer, Holzarbeiter und Bergarbeiter starke Mehrheiten aufzuweisen. Das Organisationsjahr 1904 wird also seinem Vorgänger volle Ehre machen. Leider ist dieser Aufschwung kein allgemeiner, und besonders steht ein Verfall demselben fern, dem am ehesten eine Stärkung der Organisation zu wünschen war. Der Textilarbeiterverband weist in den beiden ersten Quartalen starke Rückgänge von 1500 und 5000 Mitgliedern auf. Die gegnerische Presse war schnell bei der Hand, diese Verluste auf die durch den jüngsten Verbandstag beschlossene Beitragserhöhung zurückzuführen. Da die letztere jedoch erst im dritten Quartal in Geltung trat, von dem noch keine Abrechnung vorliegt, so entbehrt diese Deutung jeder Begründung oder ist zum mindesten sehr voreilig. Der Verlust ist einzig und allein als Rückwirkung des ungünstigen Ausgangs des Criminatstauer Streiks aufzufassen, nach welchem die Textilindustriellen einen verstärkten Druck auf die Arbeiterschaft ausübten, dem die noch wenig gefestigte Organisation der Textilarbeiter nicht gewachsen war. Durch Anstellung zahlreicher Gauleiter und durch eine rührige Agitation hat indes der Vorstand sein möglichstes getan, um den Verlust auszugleichen und übten Wirkungen der notwendig gewordenen Beitragserhöhung vorzubeugen, so daß der Rückgang im dritten Quartal zum Stillstand gelangte und gegen Ende des Jahres sich in eine Aufwärtsbewegung verwandelte. Im bevorstehenden Jahre wird hoffentlich der Verlust wieder voll ausgeglichen sein.

Zu den Gaukonferenzen.

Die Einrichtung der Gauverwaltungen hat sich so ziemlich bewährt. Mag im einzelnen noch verschiedenes auszufügen sein, in der Handhabung der laufenden Geschäfte läßt sich aber doch im allgemeinen sagen, die Kollegen, die in diesen Gauverwaltungen sitzen, sind sich ihrer Aufgabe bewußt. Allerdings, daß nicht alles klappt, daß ferner die Gauverwaltungen auch nicht allen Anforderungen gerecht zu werden vermögen, bedarf nicht eingehend auseinanderzusetzen zu werden.

Nun ist es üblich, um einen klaren Ueberblick im Gau zu erhalten, daß Konferenzen abgehalten werden, und durch die gegenseitige Aussprache der Delegierten ein klares Bild über den Stand des Verbandes und der beruflichen Verhältnisse gegeben wird. Daß solche Konferenzen von Nutzen sind, ist zweifellos richtig, aber nur zu oft ist das Resultat einer solchen Konferenz — gleich Null. Es sind den Filialen ziemliche Kosten entstanden und ein wesentlicher Vorteil ist nicht zu verzeichnen. Dieser Uebelstand ergibt sich daraus, weil die Konferenzen nicht — genügend vorbereitet sind. Da fällt es schließlich einer Versammlung ein, die Abhaltung einer Konferenz zu beantragen, die Gauleitung gibt der Anregung Folge, und nach vier Wochen findet dieselbe auch schon statt. Alles wird übereilt, die Tagesordnung recht dürftig ausgestattet, zu den einzelnen Punkten kein Referent bestellt, mit einem Wort, von vornherein ist die Tragweite einer Konferenz nicht ins Auge gefaßt worden. Das muß in Zukunft anders werden. Die Gauleitungen haben die Verantwortung, die Konferenzen genügend vorzubereiten, und sich die nötigen Unterlagen hierzu auch zu verschaffen. Ehe die Gauleitung daran denkt, den Termin der Abhaltung der Konferenz festzusetzen, ist hierbon dem Zentralvorstand Mitteilung zu machen, damit derselbe eventuell vertreten sein kann. Der Zentralvorstand kann auch sonst noch verschiedene Winke geben, die als zweckdienlich erscheinen.

Zu den verschiedensten Punkten der Tagesordnung kann ein kurzes, überflüssiges Referat gehalten werden, um die Diskussion zu klären, aber auch um wesentlich kürzer

zu gestalten. Geeignete Kollegen hierzu hat die Gauleitung ins Auge zu fassen. Was nützt es immer, wenn auf solchen Zusammenkünften die Zeit mit der langen Berichterstattung über die einzelnen örtlichen Verhältnisse vertrödel wird. Immer wiederholt sich der Refrain: Hier sind so viel beschäftigt, so viel organisiert, die Bundesratsverordnung wird nicht eingehalten usw. In den seltensten Fällen geht man aber zur Lösung von Fragen, die tatsächlicher Natur sind. Kein Mensch bekümmert sich auf den Konferenzen über die Taktik bei Streiks, oder über die Wirkungen der verhängten Sperren, oder über das Vorgehen zum Betreiben der Agitation, oder über die Notwendigkeit einer Gausteuer, oder über die schlechten Verwaltungsverhältnisse der einzelnen Zahlstellen. Und so kommt es, daß erst der Vorstandsvertreter, wenn einer anwesend ist, die Ergänzung der Tagesordnung zu beantragen hat. Von einer gründlichen Beratung kann aber auch in diesem Falle keine Rede mehr sein. Die Debatten gehen zu stark in Einzelheiten auf und verlaufen dabei. Das Resultat wird sein, daß es dem einzelnen Delegierten nicht möglich ist, einen allgemeinen Ueberblick über die Verhandlung zu gewinnen und mit dem Bewußtsein nach Hause zu gehen, auch bei der ganzen Sache etwas gelernt zu haben. Wie nutzbringend würde es sein, wenn ein klärendes Referat gehalten würde über die einzuschlagende Taktik vor und bei einer Lohnbewegung. Unsere Kollegen in den Zahlstellen sind in dieser Frage noch recht hilflos und bedürfen der Belehrung. Obgleich im Fachblatte schon in sehr eingehender Weise dieses Thema behandelt wurde, ist eine Aufklärung immer wieder vonnöten. Diese Frage kann nicht oft genug erörtert werden. Ueber Agitation wird ja oft viel gesprochen, leider aber dann wenig durchgeführt. Alles wird auf die Verbandsleitung abgewälzt, selbst aber nichts getan, um Mitglieder zu werben. Auf der Konferenz muß festgesetzt werden, wie agitatorisch vorgegangen werden soll, bestimmte Orte sind sofort ins Auge zu fassen, aber man soll nicht beinahe in dem Redeschwall und in der Phrase erstickt, es würde zu wenig agitiert. Große Kritiken werden zum besten gegeben, aber wenn es heißt, einen Beitrag zu leisten, um die Mittel aufzubringen für die entstehenden Unkosten zur Agitation, dann findet sich nur selten jemand, auch diese Anschauung zum Ausdruck zu bringen. Also hier ist in erster Linie mit der Beratung zu beginnen.

So ist es auch mit der Berichterstattung über die Konferenzen für das Verbandsorgan. Was kehrt wieder im Bericht? nichts als die örtlichen Situationsberichte. Der Bericht über die Hofener Konferenz ist der Typus des Ange deuteten. Sehen der Redaktion zu künftigen wieder solche oberflächlichen Berichte zu, wie der von Hof, so kann von einer Publizierung keine Rede mehr sein. In Hof sprach Starke über die Taktik bei Streiks, also über ein sehr interessantes Thema, im Berichte sind davon etliche Zeilen zu ersehen; auch nach dieser Richtung hin ist eine Besserung erwünscht. Möge insbesondere die Gauleitung in Mannheim von diesen Zeilen Notiz nehmen, indem aus dem dortigen Versammlungsbericht hervorgeht, daß die Abhaltung einer Konferenz geplant ist.

Vorsicht beim Deponieren der Gelder.

Ein großer Krebschaden im Verbandsorgan entsteht dadurch, indem sich so mancher Kassierer verleiten läßt, die Gelder, die er verwaltet, zu unterschlagen. Sofort werden die Wankelmütigen sagen, und auch in erster Linie die Kollegen, die noch zu gewinnen sind, da steht, wie mit den Verbandsgeldern umgegangen wird. Diese Loren, sie wollen nur eine faule Ausrede haben, um sich vom Verbandsorgan zu drücken. Offen sei es gesagt, daß in bürgerlichen Kreisen weit mehr Unterschlagungen vorkommen, als in gewerkschaftlichen Verbänden. Pastoren, Bankdirektoren, brennen, so ist es alltäglich in den bürgerlichen Zeitungen zu lesen, so oft mit den Geldern anderer durch, daß es uns wundert, wie man in jenen Kreisen überhaupt noch den Mut besitzt, Vorkommnisse, die in der Arbeiterbewegung leider manchmal vorkommen, an die große Glocke zu hängen. Die bürgerlichen Klassenräuber sollen uns aber nicht vorbildlich sein, indem wir schließlich sagen, was dort vorkommt, kann ja schließlich auch bei uns einmal passieren. Nein, es soll und darf in der Arbeiterbewegung nicht passieren, daß in finanzieller Beziehung den Mitgliedern des Verbandes Gelegenheit geboten wird, ein berechtigtes Mißtrauen zu hegen. Nichts schadet mehr, als wenn konstatiert werden kann, die Kasse ist nicht in Ordnung. Die Revisoren tun in so vielen Fällen ihre Pflicht nicht, und den Kassierern wird es erleichtert, sich die anvertrauten Gelder anzueignen. Die Revisoren sind viel zu wenig mißtrauisch; sie müßten es mit ihrer Aufgabe, und die ist keine leichte, wirklich ernst nehmen. Es wird schon stimmen, denken sich die Revisoren, und sind zu bequem, die Bücher zu kontrollieren, und doch wäre in etlichen Stunden die Revision ausgeführt. Aber nach der vollzogenen Wahl, glauben viele, damit ist die Sache abgetan, von einem Gefühl der Verantwortung ist keine Rede. — Mit Bedauern muß konstatiert werden, daß in Neundorf II sich ein Kollege am Ortsfonds vergriff; dieses zu verschweigen haben wir nicht die geringste Veranlassung; im Gegenteil, ein solches Gebahren muß schonungslos aufgedeckt werden, damit in andern Orten die Augen etwas mehr offen gehalten werden. Die Folge in Neundorf wird sein, daß die Mitgliederzahl rapide sinkt. Beim Anlegen von Geldern der Zahlstelle ist beinahe jede Unterschlagung ausgeschlossen, wenn das Geld bei der Sparkasse auf drei Namen eingetragen wird. Diese drei Personen allein sind nur berechtigt, das Geld oder einen Teil desselben im Bedarfsfalle zu erheben. Der Kassierer hat keine Veranlassung, die gefranzte Person zu spielen, wenn vielleicht derselbe vorzieht, ich bedanke mich für diesen Posten, wenn mir kein größeres Vertrauen entgegengebracht wird. In Geldsachen hört die Gemüthlichkeit auf, deshalb heißt es peinlich sein. In den Gewerkschaften sind wir gewohnt, im Gegensatz zu den bürgerlichen Unternehmungen, den Stand der Finanzen der gesamten Öffentlichkeit zu zeigen, wie dies aus den Publikationen in den Gewerkschaftsblättern und aus den Abrechnungen zur Genüge hervorgeht. Im Metallarbeiterverband zum Beispiel ist genau ersichtlich, in welchem Betrage in einzelnen Orten schließlich Unterschlagungen vorkommen. Diese Aufdeckung hat wesentlich dazu beigetragen, daß solche Dinge in diesem Verbandsorgan jetzt bedeutend weniger als vordem passieren.

Die Steinarbeiterberaternungen sollen sich auch mehr

um die Anlegung von den eventuell vorhandenen Geldern kümmern, als um persönlichen Stank, wie dieses so oft zu verzeichnen ist. Die Zahlstellenverwaltung soll darauf bedacht sein, das überschüssige Geld gleich sicher zu deponieren, aber niemals unter einem Namen, denn es kam schon vor, daß das Geld nicht eingezahlt, oder nach einer Revision, wo das Sparkassenbuch noch in Ordnung war, abgehoben wurde. Diesen unleidlichen Zuständen muß ein Ende gemacht werden, im Interesse des Verbandes, sowie im Interesse der Kollegen selbst. Wer sich an den Geldern gewerkschaftlich organisierter Kollegen vergreift, verdient einfach genannt zu werden; aber wir fügen hinzu, die Revisoren sind in den meisten Fällen die direkten Verursacher von solchen Delikten, weil sie ihre Pflichten nicht ernst nehmen. Die Gewerkschaften haben in erster Linie die Pflicht, auch in Finanzsachen den Gegnern zu zeigen, daß alles bis über das Tüpfel gebucht ist, und über jeden ausgegebenen Pfennig Rechenschaft abgelegt werden kann. Wenn im großen und ganzen das Berumtreuen von Verbandsgeldern bedenkliche Ausnahmen sind, so muß es doch unser Bestreben sein, auch diese Ausnahmen zu beseitigen, da haben alle Kollegen mitzureden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Abonnementbedingungen des Fachorgans für unorganisierte und sonstigen Interessenten bleiben dieselben wie bisher.

Leopoldshall hat sich als Zahlstelle aufgelöst und die Auszahlung der Reiseunterstützung ist aufgehoben.

Brohl a. Rh. zahlt 2 Tage (1.20 Mk.) Reiseunterstützung aus.

Wir haben die Beitragsammekarten versandt, die Vertrauensleute resp. Lokalverwaltungen werden hiermit darauf hingewiesen, sich dieselben vom Verbreiter des Steinarbeiters übermitteln zu lassen.

Die Karten langen für das Sammeln der Beiträge auf einen Monat, es dürfte für die meisten Plätze einer Zahlstelle eine Karte genügen.

Die Zahl der Karten, welche in einer Zahlstelle gebraucht werden, ist durch die Multiplikation der vorhandenen Plätze durch 12 leicht zu erlangen und sind dementsprechend hier zu bestellen. Das Quittieren der vom Platzfasser abgelieferten Beiträge kann auf der letzten Seite von eventl. freibleibenden Linien geschehen.

Neue Zahlstelle: X. Gau (Mannheim), Söllingen, Amt Durlach. Vors.: Karl Armbruster. Kass.: Franz Wagner.

Der Steinarbeiter Reinhold Lehmann, zurzeit in Feigenbrücken, Buchnummer 1940, bezog von der Hauptkasse für 11.80 Mk. Verbandsmaterial, das Geld ging, weil falsch adressiert, zurück. Genannter Kollege hat trotz energischer Aufforderung sich bis jetzt noch nicht bewegen gefühlt, seinen Pflichten nachzukommen. Die Vertrauensleute werden hiervon in Kenntnis gesetzt, damit sie Betreffenden zur Zahlung anhalten und das Buch nicht als vollwertig ansehen, auch ist auf die Reisekarte keine Unterstützung auszahlend.

Schlettstadt (Elsaß) zahlt 2 Tage Reiseunterstützung.

Zur Beachtung!

Etliche Zahlstellen haben bei der obligatorischen Einführung des Fachblattes überhaupt noch nicht mitgeteilt, wieviel Exemplare benötigt werden, dies ist ungesäumt nachzuholen. Den italienischen Kollegen wird der L'Operaio Italiano, welcher alle 14 Tage erscheint, ebenfalls obligatorisch geliefert und sind auch da die Meldungen über die Anzahl der zu liefernden Exemplare allem Anscheine nach unvollständig eingegangen.

Alle Zusendungen von Berichten, Artikeln an die Redaktion des Steinarbeiters, sind wieder an den Unterzeichneten zu richten. Desgleichen die Zuschriften für die Expedition des Fachorgans. Nach 19 wöchiger Abwesenheit in einer Lungenheilstalt, habe ich meine Tätigkeit als Redakteur am Montag, den 9. Januar, wieder aufgenommen.

Alpis Staudinger.

Korrespondenzen.

An die Schriftführer richten wir die Bitte, für die Versammlungsberichte sogenannte Drahtbogen (ca. 15 x 23 cm) zu verwenden, mit Rinte und nur auf einer Seite zu schreiben.

Andlau Am 31. Dezember fand bei Herrn Gastwirt Stahl eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche sich mit der Gründung einer Zahlstelle beschäftigte, was uns auch mit vieler Mühe gelang. Zum 1. Punkt nahm Püßler aus Straßburg das Wort. Er legte in kurzen Worten den Kollegen klar, welchen Nutzen die Organisation schon geschaffen und daß es Pflicht sei, dem Verband beizutreten. Auch italienische Kollegen aus Straßburg waren erschienen, wovon einer das Wort ergriff und in kurzen Worten den Kollegen auseinandersetzte, daß wir fest zusammenhalten sollen, ob deutsch oder italienisch, denn bloß durch Einigkeit kann etwas erreicht werden. Dann wurde zur Wahl geschritten. Gewählt wurde Georg Petrus als Vorsitzender, Prognai als Kassierer, Max Stempelinger als Schriftführer und Fischer als Steinarbeiter-Verbreiter. Es sind 6 Deutsche und 18 Italiener.

Bremen I. Am Dienstag, den 3. d. M., fand unsere Mitgliederversammlung statt, um die Jahresberichte sämtlicher Vertrauenspersonen entgegenzunehmen. Zunächst schilderte uns Vorsitzender Maus nochmals den Gang der im verfloßenen Jahre stattgefundenen Tarifverhandlungen, welche uns durch die Nachgiebigkeit der Kollegen eine raschere Lösung fanden. Sodann zeigte er uns durch seine weiteren Ausführungen, welche Anstrengungen es kostete, unsere Zahlstelle aus der schweren Lage zu retten, in welche wir durch den Streik in der Baubranche geraten waren. Es ist nur der Taktik des Vorstandes und weniger Kollegen zu danken, daß wir vor weiteren Schäden bewahrt blieben und so unsere Zahlstelle auf der Höhe der Zeit hielten. Die hierauf vom Kassierer rese bekannt gegebene Abrechnung zeigte erst recht, daß unsere Kasenzunahme im verfloßenen Jahre gleich Null war. Ein vom Kartellbelegierten erstatteter Bericht fand die vollste Anerkennung von

seiten der Versammlung, während ein mit dem Amte als Bauarbeiter-Kommissionsmitglied betrauter Kollege es vorzog, durch Abwesenheit zu glänzen und so der lästigen Vertretung zu entgehen. Die hierauf erfolgte Neuwahl sämtlicher Vertrauenspersonen ergab: Kollege Scherer, Vorsitzender; Kefe, Kassierer; Heng, Schriftführer; Jelan, Christmann und Kühn, Revisoren; Wollborn, Kartelldelegierter. Eine Wiederwahl unseres seitherigen Vorsitzenden lehnte derselbe dankend ab, da er schon den Posten eines Gauleiters inne hat. Zum Dank für die treuen Arbeiten wurde dem seitherigen Vorstand Decharge erteilt. Den Schluß der Versammlung bildete die Regelung verschiedener örtlicher Angelegenheiten.

Hamburg I. Am 29. Dezember fand in Bahlsens Restaurant eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung statt. Die Kollegen ehren das Ableben des verstorbenen Kollegen Robert durch Erheben von den Sigen. Die Abrechnung vom 4. Quartal wird von der Versammlung genehmigt, dem Kassierer wird Decharge erteilt. Bei der Neuwahl des Vorstands wurden E. Neumann als erster, E. Kühne als zweiter Vorsitzender und Otto Haack als Kassierer wiedergewählt, als Schriftführer August Heinrich, und die Kollegen Weizer und Seeburger als Revisoren neu gewählt. Zur Verlesung kam eine Postkarte von unserem Verbandsleiter Paul Starke, welche derselbe in Sachen Sittig kontra Schmidt an unsern Kassierer gerichtet hatte. Ueber den Wortlaut dieser Karte war die ganze Versammlung aufgebracht. Die Versammlung wünscht einen scharfen Protest im Bericht und weist die Unterstellungen und Angriffe von unserm Verbandsleiter entschieden zurück. Wie kommt Leipzig dazu, den Bericht von Hamburg in dieser Sache als unglaubwürdig hinzustellen? Und wenn dann weiter geschrieben wird, so etwas kann nur in Hamburg geschehen, mit der direkten Verdächtigung, daß Hamburg mit den Arbeitern großen eine Verschwendung treibe, daß uns gewissermaßen das Urteil abgehe über richtige Verwendung der Gelder usw., so ist das, gelinde gesagt, für eine Verbandsleitung unwürdig, in solchem Ton mit der Zahlstelle zu verkehren, die in jeder Weise und zu jeder Zeit mit an der Spitze marschiert und genau so viel Verantwortungsgesühl besitzt, wie Leipzig, für das Wohl und Gedeihen des Verbands. Wir müssen hier ausdrücklich betonen, dazu zwingt uns der Wortlaut der Karte, daß die Verbandsleitung eingedenk sein mag, daß der Verband nicht der Leitung wegen da ist, sondern umgekehrt. Auch uns war die Geschichte nicht sympatisch, allein sie war eben da. Die betr. Kollegen beriefen sich auf den Rechtschussparagrafen, der im Statut festgelegt ist. Wie nun einmal der Wind heute weht, hatten diese durch dieses Delikt eine erhebliche Freiheitsstrafe zu gewärtigen. Mitglieder, die stets ihre Schuldigkeit getan, trauten wir in diesem Falle nicht direkt abweisen, indem sie ganz schuldlos waren. Leipzig hatte ja die Akten zur Einsicht dort, wenn Leipzig eben sich weigerte, den Rechtschuss zu gewähren, nun dann mußten sich die betr. Kollegen damit abfinden. Aber erst erfolgt die Zugabe und hinterher will man uns dafür moralisch toteschlagen. In jeder Beziehung verlangt Hamburg in Zukunft in Verbandsangelegenheiten diejenige Achtung und das Vertrauen von Seiten der Verbandsleitung, auf das es als Zahlstelle der Steinarbeiter Deutschlands Anspruch hat. Ein Unterstützungsgesetz der Witwe des verstorbenen Kollegen Hennings wird als nicht dringend abgelehnt. Den Mitgeleiteten wird in Erinnerung gebracht, daß sie bei der nächsten Gelegenheit von den Mitgliedern, welche bei der letzten Verdrigung nicht zugegen waren, 1 Mk. einzulassen haben. Da die Sache noch immer nicht geklärt ist, wenn Mitglieder von einer Zahlstelle in die andere übertraten, wozu sie zu zahlen haben, und um jeden Fall ihre Rechte an der Krankenzuschußkasse nicht verlieren, wird der Vorstand beauftragt, nochmals mit den Vorständen der übrigen Zahlstellen Hamburgs eine Verständigung herbeizuführen zu suchen. Von einem Mitglied wird angeregt, daß unser Bevollmächtigter vom Gewerkschaftshaus sowie unser Kartelldelegierter ihren Einfluß ausbieten mögen bei Gelegenheit, daß wenn irgend möglich, die Fassade des neuen Gewerkschaftshauses aus Sandstein hergestellt wird; es dürfte das gerade für das nächste Jahr für uns von großer Wichtigkeit sein. Die Versammlung stimmt der Anregung zu. Die Mitglieder werden hier nochmals aufmerksam gemacht, daß der Beschluß mit der nächsten Versammlung in Kraft tritt, wonach Mitglieder, welche dreimal hintereinander die Versammlung nicht besuchen, im Falle ihrer Erkrankung der Unterstützung der Krankenzuschußkasse verlustig gehen.

Anmerkung des Vorstands. Leipzig hat mit der Sache gar nichts zu tun, sondern nur die Person Starke als Vorstand. Besser war es schon, der Wortlaut der Karte wurde im Bericht mitgeteilt, denn nur dann können sich mit der Sache nicht Vertraute ein Urteil bilden darüber, ob die Empfindlichkeit der Hamburger Kollegen angebracht ist. Im übrigen gibt man ja zu, daß man auch in der Hamburger Zahlstelle nicht allzu sehr erbaud war von dem Vorgang. Die Hamburger Kollegen sollen eingedenk sein, wenn sie auch nicht der Leitung halber da sind, aber wir sind dazu da, die Gelder der Gesamtheit zu verwalten, und das sind nicht bloß die der Hamburger. Es scheint jetzt die Modestheit der Etikette und der feinen Redewendungen mehr um sich zu greifen, und man beklagt sich über den Ton, mir paßt auch mancher Ton nicht, welcher mir von den Kollegen zugehaucht wird, aber beklagen darüber fällt mir nicht ein. Beklagen wollte ich mich nur über Verdächtigungen, Unterstellungen, Unwahrheit, Verdrigungen und Lüge. Also der Ton ist Geschmacksache. Paul Starke.

Hardheim. Ein Blick in den Betrieb der Kaisersteinbruch-Atten-Gesellschaft in Hardheim würde jedem Steinarbeiter genügen, diesen Platz zu meiden. Der Verdienst der Steinmehnen ist so niedrig, daß sich die Tagelöhner besser als die Steinmehnen stellen. Man kann beinahe sagen, die Leute arbeiten nur um die Kost, und noch dazu um eine recht geringe. Die Vesper- und Mittagspause muß man in einer Bude zubringen, welche bereits für einen Schweinestall zu schlecht ist. Derselbe wurde nämlich als Werkstätte für Schleifer benützt, aber das Reinigen vergessen. Niemals wird Feuer gemacht vor der Zeit, so daß die Arbeiter gezwungen sind, während der Pause selbst Feuer anzumachen, oder zu frieren. Auch ist die Bude zu klein, indem sich viele nicht setzen können, so daß sie also in keiner Weise der Bundesratsverordnung entspricht. Der Herr Polier Breunig, welcher es versteht, die organisierten Arbeiter recht spöttlich anzureden, würde auch besser tun, die Bundesratsverordnung besser ins Auge zu fassen. Ein schönes Beispiel wäre hier noch anzuführen. Ein Kollege, welcher 5 Tage dort arbeitete, wurde krank und lag 14 Tage im Spital. Dort wurde er entlassen, ohne daß er richtig gesund war mit der Bemerkung des Herrn Doktors: „Die Steinmehnen kennt man schon, die sind im Winter immer krank.“ Hierauf arbeitete der Kollege wieder, brachte aber nicht viel fertig, weil er wirklich noch zu schwach war, worauf ihm der Polier Feierabend gab mit den Worten: „Fauler, arbeitscheuer Mensch, ich lasse sofort die Polizei holen“ usw. Zugleich schaffte er ihn aus der Werkstätte, ohne ihm seine Karte und sein Geld zu geben, das ihm schon vor Eintritt ins Krankenhaus gebührt hätte. Nun, solche Dinge kann man nur von einem Polier erleben, der bisher fast ausnahmslos nur mit unorganisierten Arbeitern zu tun hatte. Als er dann von einem Kollegen darauf aufmerksam gemacht wurde, daß er den Kollegen auch auszahlen muß, wenn er ihn entläßt, so ließ er ihn wieder weiter arbeiten. Von richtiger Lohnzahlung ist dort überhaupt keine Rede, wenn einer pöblich fort will, und sogar am Sonnabend, muß man erst in die Wirtschaft laufen, wenn man sein Geld haben will. Als die Firma zur Rede gestellt wurde, daß die Auszahlung in der Wirtschaft eine strafbare Handlung ist, wurde geantwortet, das Lokal haben wir gemietet. Das mag aber

sein wie es will, die 72 Mann saßen alle in der Wirtschaft, von dort wurde einer nach dem andern ins Zimmer gerufen, wo die Herren anwesend waren mit dem Geld. Unterdessen kann mancher seinen Hunger vertrinken. Die gleichen Löhne und Zustände sind bei derselben Firma in Göttingen zu treffen. Dort herrscht eine große Klauheit bei den Kollegen. Diese leben in der Angst, wenn einer von Organisation etwas hören läßt, so würde er gleich hinausfliegen und er käme dann um den horrenden Lohn von 2-3 Mk. täglich. Wir aber, welche den Wert einer Organisation kennen gelernt haben, geben uns der Hoffnung hin, daß auch in diesen finsternen Gegenden der Steinarbeiterverband noch festen Fuß faßt und der niederen Entlohnung einen festen Damm entgegensetzt.

Hoof bei Kassel. Am 18. Dezember tagte im Lokale zum Ausschichturm Hohen Gras eine zahlreich besuchte Mitglieder-Versammlung. Dieselbe wurde eröffnet durch den Vorsitzenden Schmidt. Kollege Manß erstattete die Abrechnung vom letzten Quartal. Unterm ersten Punkte sprach der Vorsitzende einige Worte über die Lohnverhältnisse, es wurde eine Kommission gewählt um einen Tarif auszuarbeiten. Im zweiten Punkte führte Kollege Manß an, daß wir noch 10 Pfg. pro Woche mehr erheben, zum Zwecke der schon lang erkrankten Kollegen, damit denselben allwöchentlich eine Unterstüzung gezahlt werden kann.

Landau. Am 18. Dezember fand hier eine schlecht besuchte Versammlung statt. Man sollte nicht glauben, daß die Kollegen hier noch so viel Interessiertheit zeigen, daß sie die Versammlungen so schlecht besuchen. Es scheint, daß das Bezirksamt etwas Wandel bezüglich der Bundesratsverordnung schaffen will. Vor 14 Tagen wurde hier eine Steinhauerei geschlossen wegen unterlassener Einrichtung eines Unterkunftsraumes. Die Polizei hatte aber doch dem Betreffenden den Gefallen erwiesen und gewartet, bis er seine Arbeit ziemlich aufgeschafft hatte.

Lüneburg. Am 5. Januar fand in der Zentralherberge eine schwach besuchte Generalversammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 4. Quartal. Der Vorsitzende bemerkte dazu, daß sie geprüft und in Ordnung befunden worden ist. Bei der Neuwahl wurde Menke als Vorsitzender wiedergewählt, wie auch der Kassierer Rohmann. Als Revisoren wurden Tiege und Hennings, als Kartelldelegierter Lymand gewählt. Es wurde beschlossen, die Versammlungen wie bisher beizubehalten. Lymand stellte den Antrag, daß alle Vierteljahre bei der Quartalsabrechnung die Statistik mitzubringen ist. Der Antrag wurde angenommen. Inbetreff der Krankenkasse wurde beschlossen, daß ein Kollege mit seinen Beiträgen nicht länger als vier Wochen im Rückstand sein darf. Hiernach erfolgten kleinere Auseinandersetzungen und darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Mannheim. Am Sonntag, den 8. Januar, fand unsere Generalversammlung im Gewerkschaftshaus statt. Zu Punkt 1 gab der Kassierer die Abrechnung bekannt. Nach einer Nichtigstellung wurde demselben Decharge erteilt. Zu Punkt 2 erstattete der seitherige Vorsitzende die Berichte vom Kartell und der Bauarbeiter-Kommission. Es wurde dabei der Austritt der Metallarbeiter aus dem Kartell einer scharfen Kritik unterzogen. Ferner wurde den Kollegen die von der Bauarbeiter-Kommission herausgegebene Broschüre, Der Bauarbeiter-Konflikt im Großherzogtum Baden, empfohlen und ersucht, den Vertrieb derselben eifrig zu betreiben, da diese Schrift auch für die Steinarbeiter viel Nützliches enthalte. Bei der Nominierung der Vertreter zum Unfallschiedsgericht wurde bekannt gegeben, daß unser Vorschlag gefallen ist, trotzdem wir seit Jahren durch einen Kollegen dort vertreten waren. Am 15. Januar soll eine Arbeitslosenzählung stattfinden und sind uns drei Distrikte zugeteilt, wozu wir 21 Zähler benötigen, welche dazu bestimmt wurden. Bei Neuwahl des Gesamtvorstands wurde Kollege J. Kirchner als 1. Vorsitzender neu, der seitherige Kassierer J. Brunner wiedergewählt. Als Schriftführer wurde Kollege Chr. Schwaderer und als Revisoren die Kollegen Hertel und Sperfechter gewählt. Hierauf wurde ein Rundschreiben der Gauleitung zur Verlesung gebracht, wobei auch die Tagesordnung zur nächsten Konferenz bekannt gegeben wurde. Wegen vorgeschrittener Zeit wurde dieser Punkt mit dem Antrag der Gauleitung, einen Extrabeitrag an die Kasse pro Quartal und Mitglied zu leisten, für die nächste Versammlung zurückgestellt, und ist es deshalb notwendig, daß sämtliche Mitglieder in dieser Versammlung erscheinen. Vor Schluß der Versammlung wurden einem kranken Kollegen 15 Mk. als Unterstüzung aus der örtlichen Kasse bewilligt.

Mannheim. (Berichtigung.) Der Gastwirt Kullmann, ehemaliger Berufs-Kollege, teilt auf die Berichtigung des Stollegen Kraft in Nr. 53 vom vorigen Jahre mit, daß er erst die Beleidigungsklage anstregte, nachdem Kraft gegen Kullmann klagte. Weiter schildert letzterer das Verhalten eines Kollegen. Dieser Fall steht mit der Berichtigung gegen Kraft in gar keinem Zusammenhang und wurde von der Redaktion deshalb gestrichen.

Die Redaktion hat es nun satt, sich mit diesen, sagen wir Lappalien weiter zu befassen. Der § 11 darf nicht nach Belieben gemißbraucht werden, um den persönlichen Stand auszuräumen. Wer deshalb kritische Bemerkungen in die Berichte einzuschleusen gedenkt, der sei stets objektiv und berichte nur das, was er in der Lage ist vertreten zu können.

Metz (Lothringen). Die Zustände in hiesiger Zahlstelle sind traurige zu nennen. Die Filiale geht nicht vorwärts. Deshalb wurde die Verwaltung dem Kartellvorsitzenden Genossen Adolf Jopp, Gartenstraße Nr. 43, 3. Et., Metz, übertragen. In Metz scheint jetzt schon eine gute Baurätigkeit einzusetzen und für Steinmehnen gibt es Arbeit. Reisende organisierte Kollegen, die diese Tour gerade einschlagen sollten, werden ersucht, sich um Auskunft an den Genossen Jopp zu wenden, welcher bereitwillig jede Anfrage beantwortet wird. Also frage jeder, welcher gesonnen ist, nach Metz oder dessen Umgebung in Arbeit zu treten, zuvor bei Genanntem an. Wenn im hiesigen Steinbruchbezirk es vorwärts gehen soll, so müssen in erster Linie gut disziplinierte Kollegen am Orte sein, aber keine Schreihälse, wie dies schon des öfteren der Fall war.

Reinheim. Am 27. Dezember 1904 fand im Gasthause zum kühlen Grund unsere Mitglieder-Versammlung statt, welche aber nur mäßig besucht war. 1. Punkt der Tagesordnung war, Abrechnung vom 4. Quartal. Diese war von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden; es wurde dem Vorsitzenden Decharge erteilt. Beim 2. Punkt erfolgte Aufnahme neuer Mitglieder und Beitragszahlung. Im 3. Punkt: Verschiedenes, entspann sich eine rege Debatte, und zwar über die Mißstände am Orte und über zwei Kollegen, welche dem Verband angehören wollen, aber trotz der vielen Mahnungen ihren Verpflichtungen nicht nachkamen. Die organisierten Kollegen beschlossen, sie aus dem Verband auszuschließen. Es sind dies die Kollegen Georg Kraft, geb. 28. April 1880 zu Niedernhausen, Hessen (Verbandsnummer 26 380) und Lorenz Jenzich, geb. 12. März 1880 zu Klein-Zimmern, Hessen (Verbandsnummer 26 378).

Stuttgart I. Die am 6. Januar tagende Generalversammlung hatte sich zwar des gewünschten Besuchs nicht zu erfreuen, aber dennoch können wir auf einen befriedigenden Abschluß zurückblicken. Der Vorstandsbericht wurde entgegengenommen, ohne weiter darauf einzugehen. Auch die von dem Kassierer gegebene Quartals- sowie Jahresabrechnung fand rasche Erledigung, indem von den Revisoren bestätigt wurde, daß sich Kasse und Bücher in Ordnung befinden, und demselben auf Antrag Decharge erteilt wurde. Bevor zur Neuwahl geschritten wurde, richtete Kollege Rothmund (Gauleiter) an die

Versammlung einige beherzigende Worte, welche darin gipfelten, daß wir heute einen Apparat zusammensetzen, welcher wieder auf ein Jahr funktionieren soll zum Wohle und Gedeihen der Gesamtheit des Steinarbeiterverbands. Die Neuwahl zeigte, daß wir jetzt in unserer Mitte Leute besitzen, die man mit diesem oder jenem Amte betrauen kann. Aus der Wahl ging hervor als Vorsitzender Kollege Klinger, als Kassierer Kollege Glos und Wupper als Schriftführer. Zu Revisoren wurden gewählt die Kollegen Ellwanger und Weeber, als Statistiker die Kollegen Rothmund, Ellwanger und Wupper. Kollege Rothmund wurde in die Bauarbeiter-Kommission entsandt. Nur für die von dem Kollegen Rothmund vorgeschlagene Agitationskommission konnte sich niemand erwärmen, da gerade von leidenden Personen die Ansicht zutage trat, daß überhaupt ein jedes Mitglied agitatorisch wirken soll und auch die in Betracht kommenden Kollegen ihren Mann stellen werden. Aus diesem Grunde sah man von einer Wahl ab und wird diese auf die nächstfolgenden Versammlungen verschoben. Als Gewerkschaftsdelegierter wird Kollege Klent wiedergewählt, auch behält Kollege Wolf das Amt als Steinarbeitervertreter bei. Die aus einer vorhergehenden Ausschüpfung gestellten Anträge zur Besteuerung an die Gauleitung von 10 Pfg. pro Mitglied und Quartal bis zu einer diesjährigen Frühjahrs-Gauleitung, sowie die Erhöhung der Beiträge von 35 auf 40 Pfg. wurden angenommen. Begründet wurde die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge nachdrücklich vom Kollegen Klinger mit dem Hinweis, daß wir weitere Ausgaben zu machen hätten durch die Verbreitung des Steinarbeiters sowie durch den Ernst der Situation, in der wir uns befinden.

An die Steinarbeiter der Ober-Lausitz.

Wiederum liegt ein Jahr wirklichen Schaffens hinter uns. Die Aufräumar der Massen auf allen Gebieten der modernen Bewegung hat auch hier seit Jahren Einzug gehalten und auch in dem vergangenen Jahre ist Kennenwertes geleistet worden. Auch in unserm Berufe ist man nicht müßig gewesen, man hat versucht, auf alle mögliche Weise dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen und aus ihnen Kämpfer zu erziehen. Der Erfolg unserer Agitation ist zwar nicht ausgeblieben, steht aber zu dem Kräfteaufwand unserer Meinung nach in keinem Verhältnis, wenn man bedenkt, daß Tausende Steinarbeiter in der Provinz in Frage kommen. Arbeiten doch in Demitz-Thumitz, Schmölln allein zirka 2000 Mann, und die Kollegen haben dort eine Organisation, die zu der Zahl der Beschäftigten in gar keinem Verhältnis steht, ja, die sich selbst bei aller Agitation kaum auf der jeweiligen Höhe zu erhalten vermag. Die Schuld daran tragen die Kollegen selbst, weil sie in der Regel die ganze Arbeit dem Vertrauensmann oder Kassierer überlassen. In der Zahlstelle Oppach und Umgebung, zu der eine ganze Reihe von Ortschaften gehören, ist ja durch Betreiben von Hausagitation die Scharte früher zum Teil wieder ausgeglichen worden; aber dennoch bleibt viel Arbeit übrig, die in dem neuen Jahre wieder in Angriff genommen werden muß. Vor allem der Laubenberg. Wir sprechen auch hier die Erwartung aus, daß die Bemühungen nicht umsonst sein werden, wenn die Aufforderung an die Kollegen ergehen wird. Die bereits organisierten Kollegen am Ort werden hoffentlich an der Organisationsarbeit teilnehmen und eventuell das Amt eines Kassierers übernehmen. Nur durch Mitarbeit und Opferwilligkeit aller Kollegen wird die Zahlstelle Oppach mit der Zeit ein festes Gefüge erhalten. Wie notwendig es ist, beweist der Zustand bei Liebshcher. Aber um ein wirkliches Zusammenarbeiten zu ermöglichen, ist es notwendig, die Versammlungen besser wie bisher zu besuchen. Die Ansicht einzelner Kollegen, die da glauben, wenn sie zwei bis drei Monate gezahlt haben, ihre Pflicht getan zu haben, müssen wir für nichtig erklären. Unsere Organisation ist eine dauernde Einrichtung, die einer ständigen Unterstüzung bedarf. Wir erwarten, daß das Fachblatt, der Steinarbeiter, welches vom Anfang dieses Jahres jedem Mitgliede zugestellt wird, in dieser Beziehung aufklärend wirkt. Es stehen uns auch noch andre Gebiete offen; so hatten wir vor drei Jahren in Cunevalde-Cosel eine Organisation, welche 200 Mitglieder zählte, in kurzer Zeit aber wie ein Strohhalm erlosch; auch hier dürfte in diesem Jahre der Versuch wieder gemacht werden. Die Umgebung von Bauken, wo viele Hunderte von Steinarbeitern ihr Los teilen, erschien uns ebenfalls zum Bedauern für geeignet. Dies würde die Hauptaufgabe der Baukenner Kollegen sein. Auch an die Orte Königshain, Seifersdorf, Arnsdorf usw., wo vor sechs Jahren schon ansehnliche Organisationen gegründet wurden, hat lange Zeit niemand mehr gedacht, was wohl daran liegt, daß sich im großen und ganzen sehr wenig Kollegen der Agitationsarbeit widmen. Es ist aber trotz alledem in einer Reihe von Jahren Bedeutendes an Aufklärung unter den Steinarbeitern der Lausitz geleistet worden. Wenn damals unsere Worte nicht den richtigen Resonanzboden gefunden haben, so liegt dies wohl in den Verhältnissen begründet, und wir dürfen uns nicht abhalten lassen, wieder erneut an die Arbeit zu gehen. Die Hauptsache ist, daß jeder Kollege, wie schon gesagt, an der Aufklärungsarbeit mithilft, und zwar mit allem Nachdruck, denn nur so kann es gelingen, die Lausitzer Steinarbeiter als geeinte Macht ihren organisierten Arbeitgebern gegenüber zusammenzuschmieden. So wollen wir in dem neuen Jahre das vollenden, was uns in dem alten nicht möglich war.

Gerichtliches.

Aus einem schlesischen Steinbruche. Ein betäubender Unglücksfall ereignete sich am 24. Oktober vorigen Jahres in dem b. Bergmannschen Kalksteinbruche Tschirnhaus bei Ob-Rauffung. Als der Wagenführer Paul Scholz an einer Schutzstelle vorbeikam, ging der Schutz los und Scholz wurde durch herumfliegende Steine so verletzt, daß er nach wenigen Stunden starb. Die Schuld an diesem Unfälle sollen der Steinbrecher August Kahl aus Rauffung und der Bruchaufseher August Kahlert aus Tschirnhaus-Rauffung tragen, die am 24. Dezember v. J. in Hirschberg auch wegen fahrlässiger Tötung angeklagt waren. Sie sollen die Unfallverhütungsvorschriften, die für das Schießen gegeben sind, nicht befolgt haben. Die Beweisaufnahme ergibt, daß in dem Bruche überhaupt eine nach Ansicht des Gerichts geradezu unverantwortliche Umgehung der Schutzvorschriften üblich war. So konnte es kommen, daß der erste Angeklagte einfach einen gleichfalls unverantwortlichen Arbeiter aufforderte, das vor dem Sprengen vorgeschriebene Trompetensignal zu geben, was dieser auch ohne weiteres tat. Sofort nach dem ersten Signal (drei sind vorgeschrieben) setzte der Arbeiter A. seine Zündschnur

in Wien. Scholz konnte sich nicht mehr retten und wurde so ein Opfer der auf dem Werk herrschenden Uebelstände und der großen Unvorsichtigkeit des F. Der zweite Angeklagte war Aufseher des Brudes, aber, was auch zu den Merkwürdigkeiten dieses Betriebes gehört, über das Schießen konnte er infolge anderweiter Verpflichtung keine Aufsicht übernehmen. Im vorliegenden Falle hätte er übrigens auch das Unglück nicht verhindern können, selbst wenn er die Aufsicht ausgeübt hätte. Er mußte daher freigesprochen werden. Dagegen nahm das Gericht an, daß nächst der Leitung des Werkes der erste Angeklagte mitschuldig an dem Unglück ist. Er habe sogar grob fahrlässig gehandelt, indem er sofort nach dem ersten Signal den Schuß entzündete. Das Urteil gegen ihn lautete auf zwei Monate Gefängnis. In der Urteilsbegründung sprach der Vorsitzende noch die Erwartung aus, daß jener traurige Fall dazu beitragen werde, die unberathmöglichen Verhältnisse auf dem Werke zu bessern. — Diese Verhandlung ist ein deutlicher Beweis, wie leicht es viele Arbeitgeber nehmen, und nicht daran denken, die gesetzlichen Vorschriften einzuhalten.

Abrechnung der Zentral-Kommission für Bauarbeiter-Schutz.

A. Ueber den Bau eines Gerüst-Modells.
B. Für das Sekretariat.
Die Abrechnung umfaßt die Zeit vom 16. Januar 1904 bis 31. Dezember 1904.

Einnahme: 390.81 Mk.

Roffenbestand vom 15. Januar 1903 390.81 Mk.

Für Beiträge:

Vom Zentralvorstand der Bauarbeiter	A	B	
Bauhauer	809.65 Mk.	485.79 Mk.	
Bildhauer	50.—	30.—	
Dachbeder	148.70	89.22	
Glaser	138.60	42.92	
Holzarbeiter	200.—	104.—	
Maler	715.15	429.09	
Maurer	4111.15	2466.69	
Metallarbeiter	250.—	150.—	
Steinarbeiter	400.—	180.—	
Steinseger	248.40	182.72	
Stukkateure	127.65	76.59	
Löpfer	256.45	230.82	
Zimmerer	1225.10	735.06	5182.60
Für Feuerholz d. Schwebel	20.—		8700.85
Vom Verband der Steinseger für Anleitungsbücher			19.45
Von J. Müller-Wien für Literatur			24.10
Von der Bauarbeiter-Schutzkommission in Nürnberg			50.—
Für Zinsen belegter Gelder			8.90
Summa:			14826.71 Mk.

Ausgabe A.

Für Lieferung von Zeichnungen und Arbeitsverhältnisse an F. Arlom 341.79 Mk.

Bervielfältigung der Bauzeichnung 115.—

Aufstellen eines Arbeitsschuppens 250.—

Holz zum Modell, Gerüsten, Saububen u. Abort 1810.88

7 Fenster 105.—

1 Treppe 30.—

20 Stück Dachbederböde 46.—

Eisenwaren: Nägel, Schrauben, Bolzen, Viech-Hämmern, Lärbeschläge 172.76

1 Ventilator 2.75

1 eisernen Ofen mit Zubehör 51.20

8 Rollen Dachpappe 14.20

Farben, Öle usw. 131.15

Arbeitslohn an die Zimmerer und Tischler 5214.—

Arbeitslohn an die Maler 973.70

Klempnerarbeit 20.90

Aufstellen v. Gerüsten, Befestigung des Modells 29.75

Transport von Utensilien 2.—

Fahrtgelder und sonstige Unkosten an Heinle 5.90

Beitrag an die Alters- und Invalidenversicherung 42.60

Beitrag an die Unfall-Versicherungsgenossenschaft 112.—

An Unkosten durch den Brand für das Material des Arbeitsschuppens, der Gerüste, Fenster usw. 594.95

Für Mobilienwagen 55.—

Zusammen: 10120.98 Mk.

Ausgabe B.

Für Gehalt des Sekretärs 2160.— Mk.

Beitrag an die Unterstützungsvereinigung 36.—

Agitation und Beretung auf Konferenzen 153.60

Druckachen 545.80

Buchdruckerarbeit 18.55

Literatur und Zeitungsabonnemnt 157.37

Schreibutensilien 23.45

Porto und Bestellgelder 120.81

Sitzungsentfchädigung 114.75

Bureau-Utensilien 107.—

Bureaureinigung, Heizung u. Beleuchtung 281.08

Feuerversicherung 2.50

Summa: 3720.41 Mk.

Zusammenstellung der Ausgabe.

A. Für das Gerüstmodell 10120.98 Mk.

B. Für das Sekretariat 3720.41

Summa: 13841.39 Mk.

Bilanz:

Einnahme 14326.71 Mk.

Ausgabe 13841.39

Bestand 485.32 Mk.

Hamburg, 31. Dezember 1904.
Otto Friedrich, Kassierer, Fehlerstr. 23, I.
Für die Richtigkeit
Die Revisoren: Otto Franz, J. Sittenfeld.
Bemerkungen.
Im Laufe dieses Jahres wurde von den beteiligten Organisationen für drei Quartale pro Mitglied und Quartal 1 Pfg. Beitrag erhoben. Bei Berechnung der Beiträge ist die Mitgliederzahl, wie sie im Correspondenzblatt von 1903, Nr. 38, Seite 516, veröffentlicht ist, zugrunde gelegt.
Für das zu erbauende Modell, zur Darstellung des Bauarbeiter-Schuppens, sind pro Mitglied 5 Pfg. erhoben. Die sich aus dem Betrag ergebende Summe von 8700.85 Mk. reichte zur Fertigstellung des Modells nicht aus. Der Fehlbetrag von 1420.13 Mk. ist von der Einnahme der Beiträge genommen, was obige Zusammenstellung auch zeigt.
Für das nach dem Brandunglück zu erbauende Modell gingen vom 12. November bis 31. Dezember 1904 nachstehende Beträge ein:

Vom Zentralvorstand der Bauarbeiter	404.73 Mk.
" " " " " "	25.—
" " " " " "	69.30
" " " " " "	200.—
" " " " " "	400.—
" " " " " "	1000.—
" " " " " "	300.—
" " " " " "	144.60
" " " " " "	63.88
" " " " " "	260.—
" " " " " "	600.—

Ueber die vorstehenden Summen, sowie die, welche für das Modell noch weiter eingekandt werden, wird nach Fertigstellung

des Modells abgerechnet. Obiger Einnahme steht eine Ausgabe von 3534.75 Mk. gegenüber.
D. D.

Abrechnung vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1904.

Einnahme:

Einnahmen an Beiträgen, Mat- u. Delegiertensteuern, Material, Diverses, Abonnement und Inzerate des Steinarbeiters 47599.16 Mk.

Ausgabe:

Streichunterstützung 5587.57

Reiseunterstützung 2134.80

Maßregelungsunterstützung 2918.75

Rechtschutz 139.07

Agitation 2408.—

Druckkosten 5852.80

Porto 749.81

Gehälter 1332.—

Revision und Vorstandstätigkeiten 97.70

Bureau-Ausgaben (Miete usw.) 917.01

Beitrag an die Generalkommission und an die Zentralkommission für Bauarbeiter-Schutz 648.—

Diverse Ausgaben (diverse Waren, Versicherungsbeiträge, Zeitungen, Unkostenkonto etc.) 145.18

Vom Jahre 1899 anerkannte Streikunterstützung zurückgezahlt 2000.—

Summa: 24880.64 Mk.

Bilanz:

Einnahme 47599.16 Mk.

Ausgabe 24880.64

Bestand 22718.52 Mk.

Leipzig, im Januar 1905. Felix Lange, Kassierer.

Bekanntmachungen der Vertrauensleute.

Lahr (Baden). Folgenden Steinarbeitern ist kein neues Buch auszustellen, da sie die ibrigen hier in Unordnung zurückließen: Ernst Rump, geb. 18. Februar 1887 zu Mittelthal b. Freudenstadt, Buch Nr. 29 515. Jakob B e b u z z e, geb. 18. Oktober 1879 in Italien, Buch Nr. 18 763. Aug. Hoffmann, geb. 11. Oktober 1877 zu Neuenstein, Buch Nr. 18 882. Ludwig G ö d e l, geb. 1. März 1873 zu Dornbach, Buch Nr. 23 588. Hugo G ö b, geb. 8. September 1879 zu Nordweil, Buch Nr. 29 505.
Josef D e h l e r, Kassierer.

Dietricholz. Die Kollegen Bernhard Schubert, geb. 23. September 1878 zu Magdeburg, Buch Nr. 3066, und Anton B o n a, geb. 15. März 1882 zu Tambre, haben ihre Bücher in Unordnung liegen lassen.
Albert Köller.

Düsseldorf. Die Kollegen Max Lehmann, geb. 18. September 1872 zu Oberneuftrich, Buch Nr. 4011, und Bernhard Behrend, geb. 17. November 1884 zu Brandenburg, Buch Nr. 30 312, mögen ihre Adressen an **Hilf. Gendle**, Eisenstr. 104, III. einfinden. Betrifft Privatangelegenheiten.

Mittelsteine. Anton K a m p h e l, geb. 22. Januar 1875 zu Dorol (Ungarn), Buch Nr. 26 055, Joseph C i l a r, geb. 13. Januar 1880 zu Neustadt i. Böhmen, Buch Nr. 27 144, haben ihre Bücher in Unordnung liegen lassen.
Geirr. R a v e, Kassierer.

Adressen-Änderungen.

Münchberg. Kassierer: Heinrich Hasler, Friedrichstr. 52.
Gotha. Vorsitzender: Hugo Nikolai, Siebleben b. Gotha, Schulstraße 25.
Bremen I. Vorsitzender: Adolf Scherrer, Kirchweg 49.
Reiseunterstützung wird ausgezahlt Wertplatz Schmidt u. Schäfer, Düsternstraße.
Stuttgart I. Vorsitzender: Joseph Klingler, Johannesstraße 11, IV. Kassierer: Franz G l o b, Schreibstraße 21, II.
Reiseunterstützung wird ausgezahlt von Philipp E g e r, Restaurateur, Ludwigsstraße 23a.
Hamburg I. I. Vorsitzender: C. Neumann, Jenischstraße 48, I.
Brackwede. Kassierer: August Brandt, Wiebersstraße 108.
München. Vorsitzender: Johann G a s t, Schneckenburgerstraße 28, III. Kassierer: Karl D e s w a l d, München-Feldhausen, Flurstraße 3, I., Rückgebäude. Die Reiseunterstützung wird in der Wohnung des Kollegen G a s t zwischen 5 bis 7 Uhr abends ausgezahlt.
Neudorf II b. Pirna. Vorsitzender: Paul Schultze. Kassierer: Ernst R e h j a u b.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 2. bis 7. Januar 1905.
Rothenburg a. L., Beitrag 56.—, Eintrittsmarken I.—, Ersatzmarken 0.25; Duisburg, Beitrag 32.—, Delegiertensteuer 0.25, 4. Qu. 3.—; Kaufbeuren, Beitrag 7.20; Ilm, Beitrag 64.—, Stempel 0.75, 4. Qu. 16.20; Neudorf II, Beitrag 280.—; Geistesmünde, 4. Qu. 0.90; Löwenberg, Eintrittsmarken 3.—, Delegiertensteuer 1.50, Beitrag 13.20; Ottenhöfen, 4. Qu. 1.20, D'Oper. Ital. 3.—; Kirchheim, Beitrag 42.28, Eintrittsmarken 1.50, Ersatzmarken 1.—, Mainmarken 0.75, Reinheim 4.80, 4. Qu. 9.60; Heibnagsfeld, Beitrag 13.16, Eintrittsmarken 3.50, Ersatzmarken 0.25, Delegiertensteuer 0.25; Siegelbach, Beitrag 6.—, Delegiertensteuer 0.75; Ohlsdorf, Beitrag 64.—, 4. Qu. 8.50; Pirna, Beitrag 96.—, Eintrittsmarken 3.50, Delegiertensteuer 4.—, 4. Qu. 30.—, Inzerat 2.50; Karlsruhe, Beitrag 90.—; Neudorf, Beitrag 64.—; Lahr, Beitrag 58.—, Eintrittsmarken 10.—, Ersatzmarken 1.25, Delegiertensteuer 3.75, Mainmarken 2.25, Stempel 1.50, Proschüre 1.—; Horn, Beitrag 3.80; Halle, Beitrag 32.—; Neuenstein 4. Qu. 1.20; Waldenburg, Beitrag 2.10; Kleinheubach, Beitrag 1.20; Gießesheim, Beitrag 0.55, Eintrittsmarken 5.—, Delegiertensteuer 0.25; Ströbel, 4. Qu. 1.60; Floß, Beitrag 36.—, 4. Qu. 20.—; Laubenberg, Beitrag 20.80, Eintrittsmarken 2.—, Delegiertensteuer 1.25; Kappelrodeck, ? 12.52; Esslingen, Beitrag 4.35, Eintrittsmarken 8.—; Wiesbaden, Beitrag 64.—; Frankfurt a. M., Beitrag 130.—; Kassel, Beitrag 22.80; Elberfeld, Beitrag 14.40; Nebra, Beitrag 19.20; Blauen, Beitrag 40.20; Magdeburg, Beitrag 24.—; Schmalkalden, Beitrag 3.60; Geislingen, Beitrag 0.95; Stendal, Beitrag 4.10; Grube, Beitrag 2.40; Berlin II, Beitrag 320.—, Eintrittsmarken 20.50, Ersatzmarken 5.75, Delegiertensteuer 13.—; Danzig, ? 20.55; Krefeld, Eintrittsmarken 0.50, Beitrag 2.80. Felix Lange, Kassierer.

Telegramm.

Halberstadt. Zugzug fernhalten.

Litterarisches.

Wider die Pfaffenherrschaft, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts von Emil Rosenow, reich illustriert mit Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Heft 38 enthält den Schluß des Kapitels: Die Gesellschaft Jesu und den Anfang des 21. Kapitels: Die Religionskriege, in dem der Verfass. u. a. behandelt: Keisererfolgungen unter Karl V. — Die Gründung des Genüßbundes. — Das Blutgericht Albas. — Der Fluch der spanischen Pfafferei. — Entstehung der Hugenottenpartei. — Die Pariser Blutwoche. — Die Ermordung Heinrichs III. — Das Resultat der Kriege für das Volk. — Die zahlreichen Illustrationen des Hefts sind dem Text angepaßt. In jeder Woche erscheint ein Heft des Werkes, das 50 Lieferungen à 20 Pfg. umfaßt und von jeder Buchhandlung bezogen werden kann.
Von der Neuen Zeit (Stuttgart, Paul Singer) ist jedoch das 15. Heft des 23. Jahrgangs erschienen. Aus dem

Inhalt des Heftes haben wir hervor: Ein Wort des Dankes. — Republik und Sozialdemokratie in Frankreich. 3. Der Sozialismus unter der dritten Republik. Von A. Kautsky. (Schluß.) — Der erste Parteitag der Sozialdemokratie Preussens. Von Arthur Stadthagen. — Literarische Rundschau.

Die Gleichheit, Zeitschrift der Interessen der Arbeiterinnen, erscheint nun bedeutend erweitert. Diejenigen, die das Eingehen der Hütte bebauert haben, machen wir besonders auf die beigefügte Frauenbeilage aufmerksam. In Nr. 1 des 15. Jahrganges enthält diese Beilage: Zweigespräch. Von Ida Negri. (Gebd.) — Unzre Gesundheit. I. Einleitung. Von Dr. Adams-Lehmann. — Ein Stündchen Hauspädagogik. Von Heinrich Schulz. — Zwei Nachbarinnen. Von e. th. — Die Zimmerpflanzen im Winter. — Selbstziehung.

Briefkasten.

Oderhausen. Besitzt keine Kooperationsrechte.
Haffersode. Ihr habt angegeben in Haffersode sind 300 Steinarbeiter beschäftigt. Der Statistiker muß aber wissen, wieviel Steinmetzen, Brecher, Schleifer etc. in Frage kommen. Berichtet sofort hierher und seht die angebeuteten Klassifizierungen ein.
Freiburg. Die Adresse lautet: München, Galeriestraße 17.
Münchberg. Nr. 45 des Steinarbeiters, Todesanzeige. Verfolgt Ihr denn das Fachblatt nicht?
Weihenfels. Der Durchmesser ist mit 3,1416 zu multiplizieren oder verhält sich wie 7 zu 22 oder 113 zu 355.
Dietricholz. Jeder organisierte Steinarbeiter hat die Zeitungsmarken zu fleben, und jeder erhält die Zeitung, sobald er seine Beiträge zahlt.
Düsseldorf. Ihr habt keine Zahl angegeben, wieviel Steinarbeiter notwendig sind. Die Abrechnung fürs IV. Quartal lautet auf 15 Mann und sind 50 Exemplare notwendig. — Für die Summeleier anderer lehnt die Expedition jede Verantwortung ab.
Löhau. Bei Sperren muß jede Woche berichtet werden, es steht dies ganz deutlich unter der Rubrik Streiks und Sperren, an dieser Gepflogenheit halten wir fest, denn sonst figurieren Sperren schließlich das ganze Jahr im Fachblatt. Ordnung muß herrschen.

Druckfehler. In Nr. 1 heißt es am Kopfe der Zeitung 7. Januar 1904. Natürlich muß es 1905 heißen.
In dem Verammlungsbericht aus Haffersode in Nr. 53 vorigen Jahrganges ist ein sinnentstellender Fehler vorhanden; in der 31. Zeile darf es nicht heißen: Wenn heute unser Militär an höherer Stufe steht, sondern Industrie usw.

Anzeigen.

Berlin I.
Sonntag, den 15. Januar, vormittags 10 Uhr
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 8.

Tagesordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal.
2. Bericht und Neuwahl der Ortsverwaltung.
3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Albert Baumann
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.

Todes-Anzeigen.
Am 28. Dezember starb unser Kollege
Hermann Holfeld
im Alter von 40 Jahren an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Zahlstelle Neudorf I.

Am 3. Januar starb unser Kollege
Karl Reinhardt
im Alter von 37 1/2 Jahren an der Berufskrankheit.
Ehre seinem Andenken!
Zahlstelle Gotha.

Nachruf.
Am 3. Januar starb unser werter Kollege
Karl Elsner
im Alter von 60 Jahren an Leberkrankheit.
Elsner war zwei Jahre Vertrauensmann der Steinarbeiter von Striegau, wurde nach dem letzten Streik 1901, weil er trotz seines Alters sich niemals scheute, energisch die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten, gemäßigelt und nicht wieder eingestellt. Seiner Ueberzeugung blieb Elsner treu bis zu seinem Lebensende.
Ehre seinem Andenken!
Zahlstelle Striegau.

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Wittengesehft.